Grünliberale.

An den Stadtrat der Stadt Chur

Interpellation Datensicherheit, Datenschutz, KI und digitale Souveränität

Die jüngsten Cyberangriffe auf Schweizer Behörden – Ende September 2026 auf einen Softwarelieferanten der Pensionskasse des Bundes, im August 2026 auf SharePoint-Server von Bund und Kanton Graubünden sowie auf Walliser Gemeinden – zeigen: Verwundbar ist nicht nur die eigene Infrastruktur, sondern die ganze Kette der Lieferanten. Zugleich wächst die Abhängigkeit von wenigen grossen, meist ausländischen Anbietern. Auch Chur setzt auf MS Teams und OneDrive und bezieht Rechenzentrumsleistungen von Microsoft – mit Lizenz-, Preis- und Zugriffsregeln, auf die die Stadt keinen Einfluss hat.

Die städtische Informatik hat 2025 die ISO-27001-Rezertifizierung ohne Auflagen bestanden und führt periodische Penetrationstests durch, zuletzt mit Fokus auf die kritische Infrastruktur der Energie- und Wasserversorgung. Die Stelle der oder des Datenschutzbeauftragten wurde im Budget 2026 von 20 auf 100 Prozent ausgebaut. Das anerkennen wir. Die Verantwortung der Stadt reicht aber weit: Ihr Rechenzentrum versorgt auch andere Gemeinden, Regionen und Energieversorger, und mit e-Voting und e-Mitwirkung kommen sensible Anwendungen hinzu. Seit dem 1. Januar 2026 gilt zudem das totalrevidierte kantonale Datenschutzgesetz mit Pflichten auch für Gemeinden, etwa zur Information der betroffenen Personen und zur Meldung von Datensicherheitsverletzungen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die aktuelle Bedrohungslage für die Stadt Chur und ihrer nahestehenden Organisationen? Welche Lehren zieht er aus den jüngsten Angriffen auf Bund, Kanton und Gemeinden?
2. Welche Massnahmen bestehen, um die Folgen eines erfolgreichen Angriffs zu begrenzen, etwa getrennt gelagerte Datensicherungen, Notfall- und Wiederanlaufpläne? Wann wurde der Ernstfall (z. B. ein Ransomware-Szenario) zuletzt geübt?
3. Wie stellt die Stadt sicher, dass ihre externen Dienstleister und Softwarelieferanten angemessene Sicherheitsstandards einhalten? Werden diese vertraglich festgelegt und überprüft?
4. Hat die Stadt eine Strategie, um ihre Abhängigkeit von einzelnen Technologieanbietern zu verringern? Ist dies Teil der neuen Digitalisierungsstrategie?
5. Prüft die Stadt bei Beschaffungen Alternativen wie Open-Source-Lösungen oder Schweizer Anbieter, oder eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen? Nach welchen Kriterien wird entschieden?
6. Wie setzt die Stadt die neuen Pflichten aus dem totalrevidierten Kantonalen Datenschutzgesetz KDSG um? Wie und wo informiert sie die betroffenen Personen über die Bearbeitung ihrer Daten?

Grünliberale.

7. Führt die Stadt ein Verzeichnis ihrer Bearbeitungstätigkeiten, und ist sie bereit, es zu veröffentlichen?
8. Für welche Anwendungen wurden Datenschutz-Folgenabschätzungen durchgeführt?
9. Welche Aufgaben übernimmt die ausgebaute Stelle der oder des Datenschutzbeauftragten, und wie unabhängig ist sie organisatorisch?
10. Verfügt die Stadt über eine Strategie zum Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung, die über die Nutzung von ChatBots und allgemeinen Nutzungsregeln hinausgeht? Falls ja, was sind ihre Kernelemente, falls nein, ist eine solche geplant?
11. Welche Regeln gelten heute für das Tragen von Smartglasses mit Kamera/Mikrofon in der Stadtverwaltung und an der Stadtschule? Dürfen Lehrpersonen sowie Schülerinnen und Schüler solche Brillen im Unterricht/Schulareal tragen? Sieht der Stadtrat Regelungsbedarf, und wie berücksichtigt er dabei Personen, die wegen einer Beeinträchtigung auf eine Assistenzfunktion angewiesen sind?
12. Wie werden Mitarbeitenden und Lehrpersonen zu Datenschutz geschult?
13. Ist der Stadtrat bereit, den Gemeinderat künftig regelmässig, z. B. im Geschäftsbericht, über den Stand der Informationssicherheit, KI und des Datenschutzes zu informieren?

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Johannes Meyer, GLP-Fraktion und Mitunterzeichnende

Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 12.11.26

Marco Michel, Stadtschreiber - Stv.
Sandra Lardi

Stadt Chur

Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Art des Vorstosses (gem. Art. 56 Abs. 1 Geschäftsordnung für den Gemeinderat)

☐ Auftrag ☒ Interpellation

Eingereicht von

☒ Ratsmitglied ☐ Kommission

Titel Interpellation Datensicherheit, Datenschutz, KI und digitale Souveränität

Erstunterzeichnende/r	Name (A-Z)	Partei	Eingesehen (Visum)	Unterschrift
☐	Adank-Arioli Sandra	SVP		
☐	Brüesch Flavia	Freie Liste & Grüne		
☐	Cabalzar Corina	SP		
☐	Cangemi Vincenzo	SP		
☐	Carigiet Fitzgerald Angela	SP		
☐	Casale Giulia	SP		
☐	Curschellas Silvio	Die Mitte		
☐	Danuser Géraldine	GLP		
☐	~~Good Rainer~~	~~FDP~~		
☐	Hegner Walter	SVP		
☐	Kamber Peter	SVP		
☐	Lanfranchi Dylan	Freie Liste & Grüne		
☐	Liesch Leonie	Die Mitte		
☐	Lütscher Daniel	FDP		
☒	Meyer Johannes	GLP		
☐	Nett Schatz Martina	Freie Liste & Grüne		
☐	Rimml Barbara	SP		
☐	Salis Johann Ulrich	SVP		
☐	Schneider Tino	Die Mitte		
☐	Weingart Giancarlo	FDP		
☐	Z'Graggen Sandy	FDP		
☐	Ehrler Andrin	SP		
☐	Schüriger Regula	Die Mitte		
☐	[illegible]	FDP		

Datum: _____